

1946 – Wiederherstellung des Landes Hannover und Gründung des Landes Niedersachsen.

Zum 60jährigen Bestehen unseres Bundeslandes

Auf der letztjährigen Jahreshauptversammlung des Heimatbundes Niedersachsen sprach Professor Hans-Georg Aschoff über das Thema „Georg V. und das Ende des Königreichs Hannover“.

Im Grunde hätte ich, Aschoffs Faden aufgreifend, aber acht Jahrzehnte überspringend, mein Thema in einer Parallelförmulierung nennen können: „Hinrich Wilhelm Kopf und die Wiedererstehung des Landes Hannover“.

Da dieses Land Hannover jedoch nur eine Zwischenstation auf dem Wege zur Bildung eines größeren Staates in Nordwestdeutschland war, habe ich mich für den heutigen Vortrag zu dem umfassenderen Thema entschlossen:

„1946 – Wiederherstellung des Landes Hannover und Gründung des Landes Niedersachsen. Zum 60jährigen Bestehen unseres Bundeslandes“.

Ich werde mich also mit der Vorgeschichte der Gründung und mit dieser selbst beschäftigen. Ich werde folglich keine Geschichte des jetzt sechzig Jahre alten Landes Niedersachsen bieten.

Blicken wir dem heutigen Thema entsprechend also zunächst einmal kurz auf das Jahr 1946, dessen 23. August und 1. November uns in Niedersachsen die Jubiläumsdaten liefern.

Deutschland war seit Mai 1945 ohne staatliche Ordnung. Das Deutsche Reich, 1871 als konstitutionell-monarchischer Bundesstaat gegründet, von Preußen dominiert, war von den Alliierten in vier Besatzungszonen aufgeteilt worden, Preußen, zu dem seit 1867 das ehemalige Königreich Hannover als Provinz gehörte, hatte noch bevor es 1947 de jure aufgelöst wurde, infolge der Zonengrenzziehung de facto aufgehört zu bestehen.

Während die kleinen Länder im niedersächsischen, der britischen Militärregierung unterstehenden Raum bereits im April und Mai 1945 wieder hergestellt und mit Regierungen ausgestattet wurden, schwebte die Provinz Hannover quasi im staatsfreien Raum.

Und dennoch musste staatliches, musste politisches Leben eigenverantwortlich wieder aufgebaut werden.

In diesen Nachkriegsmonaten begann ein deutscher Politiker in Niedersachsen Profil zu gewinnen, der wie kein anderer die Gründung und frühe Geschichte unseres Landes prägen sollte: Hinrich Wilhelm Kopf, geboren 1893 in Neuenkirchen, Kreis Land Hameln, ein christlicher Sozialist, heimatverbunden und traditionsbewußt.

Schon seinen ersten Aufruf als eben ernannter Regierungspräsident von Hannover hatte er im Mai 1945 mit einem für ihn bezeichnenden „Gott schütze Niedersachsen“ geschlossen. Für einen Mann wie Kopf besaß der Name Niedersachsen aufgrund seiner Geschichte zweifellos erhebliche Prägestärke.

1. „Niedersachsen“ –Die prägende Kraft eines Namens

Werfen wir also einen kurzen Blick auf die Geschichte dieses Namens mit allem, was sich dahinter bislang verbarg.

Zum ersten Mal erschien der Name „Niedersachsen“ kurz vor 1300 in der Form „Nedderzassen“. Gut fünf Jahrzehnte später stellte die Kanzlei König Karls IV. einen Schutzbrief für die Geistlichkeit in „inferioris Saxoniae“, also in „Niedersachsen“, aus. Von „Saxonia inferior“ zu sprechen, war notwendig geworden, seit sich der Name Sachsen vom Raum zwischen Ems und Elbe, dem Gebiet des Sachsenstammes und des späteren Stammesherzogtums Sachsen, infolge der Entmachtung Heinrichs des Löwen gelöst hatte und, dynastisch bedingt, bis an die obere Elbe in den Raum Meißen/Dresden gewandert war.

Damit hatte der Name Sachsen nach Aussage des Landeshistorikers Georg Schnath endgültig „einen doppelten Sinn“ erhalten: einen territorialen, der die askanisch-wettinischen Besitzungen bezeichnete, und einen stammesmäßigen, der weiterhin alle Lande umfasste, in denen die „sassische“, die niederdeutsche Sprache und das „Sassenrecht“ galten, und der sich in der volkstümlichen Überlieferung über die Jahrhunderte erhielt.

Der Name Niedersachsen: Zugleich erschien im Wappen der Welfen ein springendes Pferd, eine Art politischer Demonstration, mit der sich die damals bedrohten Welfen auf das vermeintliche Stammeszeichen der einst mächtigen Sachsen beriefen, als deren Nachfolger sie sich sahen. Staatsrechtliche Geltung erlangte der Name Niedersachsen erstmals 1512 in Gestalt des „Neben diesem Sachsenbegriff und ihn teilweise überlagernd, trat nun seit Mitte des 14. Jahrhunderts Niedersächsischen Reichskreises“. Vom heutigen Niedersachsen gehörte nur das Land zwischen Weser und Elbe dazu, wo das aus dem Erbe Heinrichs des Löwen entstandene Herzogtum Braunschweig – Lüneburg lag, aus dem im 17. Jahrhundert das Herzogtum Braunschweig und das Kurfürstentum Hannover hervorgingen. Letzteres wurde auf dem Wiener Kongress zum Königreich erhoben, erheblich vergrößert und gehörte im Deutschen Bund fortan mit Bayern, Württemberg und Sachsen zu den vier Mittelstaaten. So waren es im Grunde vier Komponenten, mit denen seit Ende des 19. Jahrhunderts die Forderung nach einer staatlichen Neuordnung in Nordwestdeutschland untermauert wurde: der Sachsenstamm und das Stammesherzogtum Sachsen des frühen und hohen Mittelalters; der Name Niedersachsen aus der Mitte des 14. Jahrhunderts; das fast gleichzeitig im welfischen Wappen auftauchende springende weiße Ross, das im 19. Jahrhundert eindeutig zum Symbol des Königreichs Hannover geworden war; sowie das 1866 von Preußen annektierte Königreich Hannover, das größte nordwestdeutsche Land, in dessen Hauptstadt, das sei hier eingeschoben, 1835 der Historische Verein für Niedersachsen gegründet wurde. Die Neugliederungsforderungen kamen hauptsächlich von der welfischen Bewegung, dann aber auch von der niedersächsischen Heimatbewegung. Beide strebten die Wiederherstellung des Landes Hannover und dann die Gründung eines Landes Niedersachsen an.

Ihre Hoffnungen und Bemühungen kamen allerdings weder in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 noch bei der von den Deutsch-Hannoverschen Partei 1924 durchgesetzten Vorabstimmung über die Lösung der Provinz Hannover aus dem preußischen Staatsverband zu Zuge.

2. Die Reichsreformdiskussion der 1920er Jahre und die Vorbereitung für die Gründung eines neuen Landes

Allerdings waren inzwischen aus den Kreisen der Wirtschaft neue Mitstreiter für die Schaffung eines geräumigeren Staates auf den Plan getreten. Allen voran die Industrie- und Handelskammer Hannover mit ihrem Syndikus Dr. Kurt Finkenwirth, die in der Zersplitterung des niedersächsischen Raumes ein gravierendes Hindernis für die Weiterentwicklung von Wirtschaft und Verkehr sahen.

So kam es im Verlauf der 1920er Jahre zu zahlreichen grenzüberschreitenden Zusammenschlüssen von Wirtschafts- und Verkehrsorganisationen. Und 1925 wurde von

Hochschulen und Wirtschaftsverbänden die „Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens“ gegründet. Als deren Geschäftsführer trat 1926 ein Wissenschaftler ins Blickfeld, der entscheidende Vorarbeiten zur Gründung des Landes Niedersachsen leistete: der Raumgeograph und Landeskundler Dr. Kurt Brüning, damals Dozent an der Technischen Hochschule Hannover.

Im Zuge der in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wieder aufgenommenen Reichsreformdiskussion legte Brüning aufgrund des Beschlusses des hannoverschen Provinziallandtages 1929 und 1931 zwei Bände der Denkschrift „Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches“ vor. Brünings Niedersachsen umfasste die Provinz Hannover und die Länder Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg Lippe und Lippe Detmold, die Freie Stadt Bremen, die damals noch hamburgische Stadt Cuxhaven sowie die östlichen Kreise der Provinz Westfalen zwischen Weser und Teutoburger Wald.

In dieser Denkschrift waren zum ersten Mal wirtschaftliche und verkehrsmäßige Niedersachsenverflechtungen der unterschiedlichsten Art zusammen gestellt, untersucht und interpretiert worden. Es wurden aber auch Forschungsergebnisse des Historikers Georg Schnath und des Volkskundlers Wilhelm Peßler eingebunden. Erst mit dieser Denkschrift erlangten die Niedersachsen-Bestrebungen einen Stand, der endlich den Neugliederungsanforderungen des Artikels 18 der Weimarer Reichsverfassung entsprach.

Doch es war zu spät. Denn die 1933 an die Macht gelangenden Nationalsozialisten hielten nichts von derlei Neuordnungsvorstellungen. Mit ihrem „Gesetz zum Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934 beseitigten sie die Eigenstaatlichkeit der Länder, behielten diese wie Provinzen und Regierungsbezirke jedoch als Verwaltungseinheiten bei, überlagerten diese mit ihren Parteigauen und richteten damit einen ziemlichen Verwaltungswirrwarr an.

3. Eine neue Ordnung durch die britische Militärregierung

Der Untergang des Dritten Reiches brachte auch für den niedersächsischen Raum zunächst eine Fremdherrschaft. Die britische Militärregierung, die den kämpfenden Truppen nach nur wenigen Tagen folgte, fasste innerhalb des XXX. Corps Districts die Provinz Hannover und die Länder Braunschweig und Oldenburg im Military Government Detachment 229 zusammen - was im Grunde eine ausgezeichnete Vorgabe für die bald wieder einsetzende Niedersachsen-Diskussion war.

Zunächst verlief die gesamte britische Besatzungspolitik im Sinne eines eher abwartenden „konstruktiven Pragmatismus“. Doch im Spätsommer 1945 leiteten die Briten im Zuge ihrer Politik des Wiederaufbaus der Demokratie von unten eine besatzungspolitische Wende ein. Da eine Viermächteverwaltung des Reiches immer unwahrscheinlicher wurde, Großbritannien der sowjetischen Politik zunehmend misstraute, zudem die deutsche Auftragsverwaltung unter den gegebenen Umständen effektiv arbeitete, ließ sie im September Parteien und Gewerkschaften zu. Denn nur mit deren Einbindung in Entscheidungsprozesse zunächst auf kommunalen, dann auch auf höheren politischen Ebenen konnte ihr Ziel einer re-education erreicht und Deutschland auf einer soliden demokratischen Basis aufgebaut werden.

4. Die Niedersachsen-Diskussion bis Mitte 1946

In Fragen der Neugliederung ihrer Zone verharrte die britische Regierung allerdings bis Anfang 1946 bei ihrer Politik des Abwägens und Abwartens und unterband jegliche deutschen Aktivitäten. Dennoch entwarf Kopf, für den nach Aussage eines Mitarbeiters kaum ein Tag verging, an dem er sich nicht mit der Landesgründung beschäftigte, schon im Juni 1945 zusammen mit anderen Politikern ein an die britische Regierung gerichtetes Manifest, das die Gründung eines Landes Niedersachsen, bestehend aus der Provinz

Hannover und den Ländern Braunschweig und Oldenburg vorschlug, dem aber auch andere Gebiete sollten beitreten können.

Nachdem die Absendung dieses Manifestes am Widerstand der Ministerpräsidenten von Braunschweig und Oldenburg gescheitert war, trieb der britische Militärgouverneur die Angelegenheit aus seiner Sicht voran. Er fasste die Militärregierungen für die drei genannten Gebiete im September 1945 zur „Hanover-Region“ zusammen und forderte die drei Chefpolitiker zu einem ersprießlichen Zusammenwirken auf. Als diese sich schließlich zu einem von Kopf entworfenen entsprechenden Staatsvertrag aufgerafft hatten, lehnte Militärgouverneur Lingham das Vertragswerk als verfrüht ab. Stattdessen setzte er unter Vorsitz Kopfs eine Art Verwaltungsrat für die Region Hannover, den „Hanover Regional Council“ ein.

Auch mit einem anderen Dokument, mit dem Kopf sein Nahziel, die Wiederherstellung des Landes Hannover erreichen wollte, hatte keinen Erfolg. Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen, Verbände, Hochschulen und Kirchen hatten am 31. Oktober 1945 eine Kundgebung unterzeichnet, in der es selbstbewusst hieß: „Der preußische Staatsverband besteht nicht mehr. Die bisherige Provinz Hannover ist für ihren Bereich nunmehr ein Land des Deutschen Reiches. In einmütigem Entschluss aller sie repräsentierenden Verbände tritt die Bevölkerung des Landes Hannover auf den Boden dieser Tatsache. Sie erwartet von ihren Vertretern die alsbaldige Inangriffnahme einer demokratischen Neuordnung. Die Regierung und Verwaltung des Landes führt der Oberpräsident als Landespräsident“. Die Militärregierung lehnte ab.

Auch Kopfs auf eine Einverleibung Bremens in Hannover bzw. Niedersachsen gerichteten Begehrliehkeiten blieben erfolglos.

Schließlich erteilte Lingham im Januar 1946 den Auftrag, ein Memorandum über ein Land Niedersachsen vorzulegen.

Kopf antwortete am 1. April mit der Denkschrift „Zur Abgrenzung und Verwaltungsstruktur eines zukünftigen Landes Niedersachsen“. Generell plädierte er für eine Dreiteilung der britischen Zone: ein rheinisch-westfälisches Gebiet, Schleswig-Holstein mit Hamburg und Niedersachsen. Für letzteres reklamierte Kopf die schon in der Brüning-Denkschrift von 1929/1931 genannten Gebiete mit dem Teutoburger Wald als Westgrenze. Damit hatte Kopf sein Niedersachsen in einer kühnen Forderung weit über die Weser hinaus nach Westen vorgeschoben. Dieses Niedersachsen bezeichnete er als „organischen Raum“ und „reales Gebilde“.

Kopfs Wunsch-Niedersachsen blieb natürlich nicht unwidersprochen. Dr. Robert Lehr, Oberpräsident der Nordrhein-Provinz, später Bundesinnenminister, trat zwar ebenfalls für eine Dreiteilung der britischen Zone ein, forderte aber statt Kopfs Teutoburger Wald-Grenze die Wesergrenze und den hannoverschen Regierungsbezirk Osnabrück für Westfalen.

Das Oldenburgische Staatsministerium sah in Kopfs Plänen nichts anderes als einen „Mammutbezirk“, eine „Keimzelle für ein neues Preußen“. Da den Oldenburgern aber klar war, dass ihr Land, auf sich selbst gestellt, nicht weiter existieren konnte, forderten sie dessen Vergrößerung um die hannoverschen Landkreise Osterholz-Scharmbeck, und Wesermünde sowie um alle hannoverschen Gebiete westlich der Weser, dazu die Hansestadt Bremen. Doch dieses Groß-Oldenburg stieß in den betroffenen Gebieten keineswegs überall auf Gegenliebe.

Am 1. Juni legte Kopf zur Entkräftung der Wünsche Oldenburgs seine unter Mitwirkung Kurt Brünings, inzwischen Leiter des Amtes für Landesplanung und Statistik in Hannover, überarbeitete und detailliertere Denkschrift aus dem April der Militärregierung erneut vor. Sie stimmte im wesentlichen mit dem Plan des britischen Außenministers Bevin überein, der von drei größeren Ländern in der britischen Zone gesprochen hatte, darunter ein „Groß Hannover“.

Mittlerweile arbeitete seit Februar 1946 der von der Militärregierung eingesetzte Zonenbeirat. Kopf hatte im Juni gedrängt, der Zonenbeirat solle doch endlich in der Frage der Landesbildungen aktiv werden. Am 4. Juli erfolgte die Anordnung zur Bildung eines Sonderausschusses, der Vorschläge für den „Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands“ ausarbeiten sollte. Die Vorschläge, so hieß es klar und unmissverständlich, „haben sich innerhalb folgender Grenzen zu halten:

Die Grundlage der deutschen Verwaltung innerhalb der Zone ist das ‚Land‘. Es soll nicht mehr als fünf Länder geben – wenn möglich weniger.

Die Frage der Stellung von Nordrhein-Westfalen ist zunächst zurück zu stellen...“

Die Gründung Nordrhein-Westfalens wurde noch, bevor der Sonderausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, am 17. Juli 1946 bekannt gegeben. Großbritannien hatte sich zu diesem Schritt aus besatzungs-, deutschland- und außenpolitischen Gründen entschlossen.

5. Die Wiederherstellung des Landes Hannover

Die anderen ehemals preußischen Provinzen erhielten mit Verordnung Nr. 46 der Militärregierung den Länderstatus. Dass die Briten diese Verordnung am 23. August 1946 erließen, dürfte wahrscheinlich auf hannoverschen Wunsch zurückgegangen sein. Denn an diesem Tag waren genau 80 Jahre vergangen, seit das Königreich Hannover im Frieden von Prag von der Landkarte gestrichen und als Provinz dem preußischen Staat einverleibt worden war.

Kopf hatte sein erstes Ziel erreicht. Das Land Hannover war wieder erstanden und er war nicht mehr nur Oberpräsident, sondern jetzt Ministerpräsident eines der größeren deutschen Länder mit einem Kabinett und einem ernannten Landtag. Anlässlich der Eröffnung dieses ersten Landtages am 23. August 1946 in der Kuppelhalle des Neuen Rathauses zu Hannover, zu der Kopf und Hellwege auch den Herzog von Braunschweig und den Erbprinzen eingeladen hatten, sah der stellvertretende Militärgouverneur der britischen Zone, Sir Brian Robertson, darin „einen weiteren Schritt in dem ordnungsmäßigen Prozess, deutsche repräsentative Körperschaften zu errichten, welche für die örtliche Regelung nach demokratischen Richtlinien verantwortlich sind“. Er appellierte an die ernannten Abgeordneten, sich unter Führung des „fähigen Ministerpräsidenten Kopf“ der vielen dringlichen Aufgaben zügig anzunehmen.

Kopf erklärte in seiner Erwiderung, als überzeugter Christ und Sozialist bekenne er sich „zu dem Grundsatz, dass Recht und Gerechtigkeit die Grundlage der Beziehungen nicht nur von Mensch zu Mensch, sondern auch die Grundlage der Beziehungen der Völker unter einander sein müssen“. Kopf blickte voraus, als er bekannte, Deutschland werde als ein Bundesstaat neu entstehen, „dessen Gliedstaaten auf den geographischen, kulturellen, wirtschaftlichen, historischen und stammesmäßigen Gegebenheiten der großen deutschen Landschaften aufbauen“.

In seiner am folgenden Tag in der zweiten Sitzung des Landtages abgegebenen, von der Erörterung der zu bewältigenden außergewöhnlichen Aufgaben geprägten Regierungserklärung

versprach er u. a: „Die erste hannoversche Landesregierung macht sich zum Sachwalter der Heimat...Die Parteien als die berufenen Organe des Volkswillens haben sich in anerkennenswerter Einmütigkeit zusammengefunden, um in einer Regierung der Konzentration aller aufbauenden Kräfte im Interesse des gemeinsamen Wohles zu arbeiten“. In der folgenden Aussprache feierte Heinrich Hellwege, Vorsitzender der Niedersächsischen Landespartei, den 23. August 1946 als einen Tag der Wiedergutmachung für das vor achtzig Jahren erlittene Unrecht. Kurt Schumacher, Vorsitzender der Sozialdemokraten, warnte vor zuviel Rückwärtsgewandtheit.

Im übrigen war allen Mitgliedern von Landtag und Kabinett schon damals klar, dass das Land Hannover nur ein Übergangstadium auf dem Wege zu einem größeren Land darstellte.

6. Die Gründung des Landes Niedersachsen

Denn inzwischen liefen die Arbeiten, mit denen der Sonderausschuss des Zonenbeirates am 4. Juli beauftragt worden war, auf Hochtouren. Am 20. September wurden dem Plenum des Zonenbeirates von den insgesamt 16 vorgelegten Gutachten die sechs im Sonderausschuss erörterten vorgestellt.

Kurt Schumacher plädierte für nur noch ein weiteres Land neben Nordrhein-Westfalen, da dieses schon mehr als die Hälfte der Einwohner der gesamten britischen Zone zähle.

Robert Lehr blieb bei seinen bekannten Vorstellungen, wollte jetzt aber nur noch den südlichen Teil des Regierungsbezirks Osnabrück bei Westfalen sehen.

Der Vorschlag der Ministerpräsidenten Theodor Tantzen/Oldenburg und Alfred Kubel/Braunschweig sah drei Länder auf niedersächsischem Gebiet vor, wobei Oldenburg und Braunschweig auf Kosten Hannovers erheblich vergrößert werden sollten. Abgesehen von der Kleinheit dieser drei Länder war der Vorschlag auch deswegen realitätsfern, weil er die Vorgaben der Militärregierung ignorierte und insgesamt sieben statt der zugestandenen höchstens fünf Länder in Kauf nahm.

Hinrich Wilhelm Kopf präsentierte sein Gutachten „The Land of Nether-Saxony – Das Land Niedersachsen“. Es war ein 91 Seiten umfassendes zweisprachiges Druckwerk mit Kartenbeilagen, verfasst von dem Geographen und Landeskundler Dr. Kurt Brüning aus Hannover, dem Staatsrechtler Professor Ulrich Scheuner aus Göttingen und dem Nationalökonom, Konjunkturforscher und Statistiker Ernst Wagemann aus Clausthal. Mit seiner bekannten Empfehlung zur Bildung von drei Flächenstaaten entsprach Kopf den Vorgaben der Militärregierung. Dem Gutachten Lehr kam er insofern entgegen, als er konzidierte, die Bevölkerung in den westfälischen Landkreisen später über die Zugehörigkeit ihrer Gebiete abstimmen zu lassen.

Kopf hatte noch einmal deutlich gemacht, dass er das neue Land Niedersachsen als einheitlichen Natur- und Wirtschaftsraum sah, das die Möglichkeit bot, die historisch-dynastisch bedingten Grenzen und Verwaltungsgliederungen zu überwinden zugunsten einer naturräumlich orientierten und wirtschaftlich vernünftigen zeitgemäßen Lösung. In der Plenarsitzung des Zonenbeirates am 20. September 1946 erhielt Kopfs Gutachten 16 von 22 Stimmen und damit eine Zweidrittelmehrheit.

Am folgenden Tag sprach sich Robertson, wie zuvor schon der britische Außenminister, für die Bildung des Landes Niedersachsen nach dem Kopf-Plan aus, da ihm die detaillierten Begründungen im Gutachten Kopf am meisten überzeugt hatten. Mit der am 8. November ausgegebenen, rückwirkend zum 1. November 1946 in Kraft gesetzten Verordnung Nr. 55, an deren Entwurf Kopf, Kubel und Tantzen mitgearbeitet hatten, stellte die britische Militärregierung dem Land Niedersachsen die Geburtsurkunde aus.

Damit hatten die Briten trotz aller grundlegenden Vorarbeiten auf deutscher Seite unmissverständlich klar gemacht, dass die endgültige Entscheidung über die Gründung des Landes bei ihnen lag. Außerdem konnte nur mit der Verordnung der Militärregierung der Widerstand der Länder Braunschweig und Oldenburg überwunden werden. Denn von sich aus wären sie keineswegs bereit gewesen, auf die Eigenstaatlichkeit zu verzichten.

Dessen ungeachtet war Hinrich Wilhelm Kopf am Ziel seiner seit seinem Amtsantritt in Hannover konsequent verfolgten gebietspolitischen Vorstellungen, die längst konkrete Konturen angenommen hatten, bevor die Militärregierung die Ländergründung auf ihre Agenda gesetzt hatte. Er hatte sie beharrlich, umsichtig, ihre Begründung auf eine immer breitere und solidere Basis stellend, als durchsetzungsfähiger und gewiefter Taktiker vorangetrieben, der gute Verbindungen zur britischen Militärregierung hatte, allenthalben Gespräche in dieser Sache führte, der sich seine Schachzüge gut überlegte und schließlich sowohl Hellwege und Adenauer als auch den Bremer Bürgermeister Kaisen für seinen Plan hatte gewinnen können.

So bekannte Kopf in seiner Regierungserklärung vor dem ernannten und noch nicht gewählten Landtag am 9. Dezember 1946 aus tiefster innerer Überzeugung: „Die Bildung des Landes Niedersachsen ist in weiten Kreisen begrüßt worden. Das Land ist kein künstliches Gebilde, sondern durch die Stammesart seiner Bewohner, durch seine gleichartige Struktur, Tradition und wirtschaftliche Geschlossenheit ein organisch gewachsenes zusammenhängendes Ganzes... Das Zusammenwachsen aller Teile unseres Landes wird reibungslos und schnell vonstatten gehen. Den Besonderheiten der einzelnen Teile unseres Landes werden wir Rechnung tragen“.

Kopf selbst tat in den folgenden Jahren sehr viel für das Zusammenwachsen der vier Länder, als deren erste gemeinsame Aktion die Landtagswahl am 20 April 1947 angesehen werden kann. Persönlich nahm er sich mit Ausdauer und politischem Realitätssinn der Formulierung der „Vorläufigen niedersächsischen Verfassung“ an, die am 1. Mai 1951 in Kraft trat und deren Artikel 1 das weiße springende Ross auf rotem Grund als Landeswappen bestimmte – ganz in dem Sinne, wie Kopf dieses bereits im Dezember 1945 für die Provinz Hannover eingeführt hatte.

Kopf bereiste sein neues Land, sprach mit den Leuten, hoch- und plattdeutsch, trank mit ihnen und griff gelegentlich zum Skatblatt. Er sang mit ihnen das Niedersachsenlied und übte mit denen, die es nicht konnten, solange bis sie es konnten.

Heimatbewusst wie er war, ließ Kopf sich gern von seinem Bundesbruder Dr. Walther Lampe, dem Vorsitzenden des Heimatbundes Niedersachsen, zu dessen in den 1950er Jahren stark besuchten Marienburgfesten einladen, wo es dann auch mehrfach zu Begegnungen mit Angehörigen des Welfenhauses kam. Ein anderes Forum, das er gern aufsuchte, war der Niedersachsentag des Niedersächsischen Heimatbundes, der Dachorganisation der Heimatpflege in Niedersachsen. Auf den Veranstaltungen dieser Heimatverbände wie mit deren Zeitschriften „Heimatland“ und „Niedersachsen“ fand Kopf ein Publikum, das seinem Niedersachsenbild und seinem Wunsch, die Landesteile fester zusammen zu führen wie seiner Vorstellung vom Wachsen eines niedersächsischen Staatsbewusstseins weitgehend zustimmend gegenüberstand.

7. Gesichertes Fortbestehen des Landes Niedersachsen heute?

Mit Kopfs Niedersachsen war ein Land entstanden, das in der 1949 gegründeten Bundesrepublik und im 1990 wieder vereinigten Deutschland mit einer Fläche von 47.600 qkm nach Bayern das zweitgrößte Bundesland ist. Hinsichtlich seiner Einwohnerzahl von gut 8 Mill. steht es nach Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg an vierter Stelle. Es ist also durchaus ein lebensfähiges Land, auch wenn es nicht zu den wirtschaftlich stärksten gehört.

Ob es jedoch in seiner bisherigen Größe bestehen bleiben wird, sollte es infolge der augenblicklichen Föderalismusdiskussion schließlich auch zu einer Neugliederung der Bundesländer kommen, steht dahin.

Schon Kurt Schumacher hatte ja 1946 für die damalige britische Zone nur zwei Flächenländer gefordert. Und Schumachers Parteifreunde, die niedersächsischen Ministerpräsidenten Alfred Kubel und Gerhard Schröder haben in den 1970er und 1990er Jahren diesen Vorschlag wieder aufgegriffen. Auch in den von Politik und Medien derzeit wieder angestellten Überlegungen kommt die Bildung eines Nordstaates aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen hin und wieder zur Sprache. Erst kürzlich wieder im Zusammenhang mit der Metropolregion Hamburg, die sich über fast zehn Landkreise in Niedersachsen und Schleswig-Holstein erstreckt. Doch daneben gibt es Stimmen, die Niedersachsen auch im Rahmen eines Neuzuschnittes der Bundesländer für groß und lebensfähig genug halten.

Warten wir ab, auf welche Seite sich die Mehrheit der Politiker und dann die Bevölkerung schlagen wird, wenn es zum Schwur kommt.
Vorerst bleiben wir Niedersachsen!

Literaturauswahl:

Geschichte des Landes Niedersachsen. 6. aktualisierte Auflage Freiburg/Würzburg 1994 (= Geschichte der deutschen Länder: Territorien-Ploetz)

Gründung des Landes Niedersachsen. Darstellung und Quellen. Hrsg. von der Nieders. Landeszentrale für Pol. Bildung. Hannover 1986

Wege aus dem Chaos. Niedersachsen 1945-1949. Begleitheft zur Ausstellung. Hrsg. von der Nieders. Landeszentrale für Pol. Bildung und dem Hist. Museum Hannover. Hannover 1985

Wir sind die Niedersachsen! Wer sind die Niedersachsen? Begleitheft zur Ausstellung. Hist. Museum Hannover. Hannover 1996

Thilo Vogelsang, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen. Hannover 1963